

Mitteilung vom 22. 12. 2009:

Noch keine Einigung zur Anpassung der Privatisierungsgrundsätze

Die Verhandlungen zur Anpassung der Privatisierungsgrundsätze für das unter BVVG-Verwaltung verbliebene ehemals volkseigene Land in Ostdeutschland gibt es noch keine Einigung.

Streitpunkt ist die Eigentumsgrenze beim Direkterwerb. Während die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen die bisher geltende Eigentumsgrenze von 50 % streichen wollen, ist der Bund dagegen. Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sollen Anfang 2010 weitergeführt werden und das Bundesfinanzministerium will offensichtlich solange das Ausschreibungsmoratorium weiterführen. Die nächste Beratung auf Fachebene ist für den 20. Januar angesetzt.

Neue Landwirtschaft 1/2010, S. 7